

# Die zukünftigen Aufgaben der Wiener Gemeindevertretung.

Von Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.

Die Friedenskonferenz wird über die künftige Rolle Wiens entscheiden. Die Stellung, die der ehemaligen Reichshaupt- und Residenzstadt von diesem internationalen Forum im mitteleuropäischen Wirtschafts- und Verkehrsleben, als Handels- oder Industriestadt, als Stätte der Kunst und Wissenschaften zugewiesen wird, bildet für die Gemeindeverwaltung den Ausgangspunkt zur Lösung jener großen Aufgaben, welche die Weltgeltung der Stadt, ihrer neuen Bestimmung entsprechend, und wozu sie von Natur aus durch ihre Lage und durch die ihr innewohnenden schaffenden Kräfte befähigt ist, sichern und fördern. Mag sein, daß die Stadt infolge der politischen Umwälzungen in der Monarchie und durch die Neugestaltung Europas nach der einen oder anderen Richtung von ihrer bisherigen Bedeutung verliert, um so eifriger wird die Gemeindeverwaltung bestrebt sein müssen, die Einbuße auf der anderen Seite zu ersetzen, an der neuen Bestimmung zu arbeiten. Ich sehe davon ab, mich heute schon mit Plänen dieser ferneren Zukunft eingehender zu befassen, wo uns die Gegenwart und die Zeit bis zum Friedensschluß vor die schwersten Aufgaben stellt.

Als deren wichtigste gilt im Augenblick die Besserung der Ernährungslage. Die Not der Wiener Bevölkerung, die sich in der letzten Zeit durch das Verjagen unserer Quellen in den okkupierten Gebieten und durch die Abschließung unserer Nachbarn noch verschärft hat, kennt heute die ganze Welt. Ich bin überzeugt, daß sich das Mitgefühl mit den Leiden unserer Bewohner bald bei unseren ehemaligen Feinden Bahn brechen wird. Das herrliche Schweizer Volk hat ohne Unterchied der Nation und Parteien mit dem Bundespräsidenten an der Spitze eine Aktion zur Versorgung der Stadt mit den dringendsten Lebensmitteln eingeleitet. Ich hoffe, daß wir auch von der Entente in der allernächsten Zeit Hilfe zu gewärtigen haben.

Bei der gegenwärtigen Lage Wiens ist es notwendig, die Zuwanderung nach Wien abzuwehren. Bereits in der letzten Obmännerkonferenz war die Rede davon, daß nach verlässlichen Mitteilungen zahlreiche Flüchtlinge aus der Ukraine, Ostgalizien, aus Polen, dann aber auch aus Böhmen sich auf dem Wege nach Wien befinden sollen. Ich habe nicht verfehlt, die Staatsregierung darauf aufmerksam zu machen und diese hat auch den Standpunkt der Gemeinde Wien voll und ganz gewürdigt. Dieser Tage ist mir auch gemeldet worden, daß sich zahlreiche Heimkehrer aus Deutschböhmen nach Wien wenden. Ich kann nicht genug vor der Zuwanderung nach Wien warnen. Es gibt im Augenblick nicht so viel Arbeitsgelegenheiten, um Tausende Fremde zu beschäftigen, wo wir in erster Linie alles aufbieten müssen, um den zuständigen Wienern Arbeit und Verdienst zu verschaffen.

Desgleichen ist diesem ganz überflüssigen Regimentskommando vom Staatsamt für Heerwesen ein Personenautomobil zugewiesen, welches naturgemäß wieder eine eigene Garage erfordert.

Untergebracht ist der Stab in zahlreichen Räumen, die selbstverständlich beheizt und beleuchtet werden müssen.

Mit diesem Aufwand, der in gar keinem Verhältnisse zu den Leistungen steht, wird „Rote Garde“ gespielt.

Es belaufen sich die Kosten, die dieser fiktive Regimentsstab das Staatsamt für Heerwesen, beziehungsweise den Säckel der Steuerzahler belastet, auf rund 20.000 Kronen im Monat. Der Zweck desselben entzieht sich unserer Beurteilung.

Jedenfalls aber würde dieses vorgenannte stattliche Säckelchen einen recht ansehnlichen Zuschuß zur Menage dieser beiden Bataillone bilden. Zumindest brauchte dann kein Wehrmann, der in einem dieser Siebenbrunnengassebataillone dient, über Hunger zu klagen.

Der Gemeinderat wird sich in den nächsten Sitzungen mit einem großen Investitionsprogramm beschäftigen und ich zweifle nicht, daß alle Parteien der Gemeindevertretung sich auf den neutralen Boden der Fürsorge für Arbeitslose einmütig finden werden.

Die Wohnungsfürsorge beschäftigt schon seit Monaten die Gemeindeverwaltung, und zwar nach zwei Richtungen: die eine mit dem Bau von Wohnungen aus öffentlichen Mitteln, die andere zielt auf eine Förderung und Unterstützung der privaten Bautätigkeit ab. Je eher wir mit der Bautätigkeit einsetzen können, desto besser nicht nur für die unmittelbar beim Hausbau beteiligten Gewerbe, sondern auch für den ganzen Gewerbestand, der aus der Bautätigkeit Nutzen zieht. Ob Wohnungen in Wien durch Abwanderung in größerem Umfange frei werden, läßt sich heute noch nicht beurteilen.

Der Kampf gegen die Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten wird von unserem bewährten Gesundheitsamt zielbewußt geführt; der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung namhafte Beträge zur Errichtung von weiteren Fürsorgestellen bewilligt. Gelingt es, militärische Gebäude und Arealen in Wien oder in der Umgebung Wiens, die die Gemeinde der Fürsorge für die Tuberkulösen und die Jugend dienstbar machen will, in die Hand zu bekommen, dann ist der Gemeindeverwaltung mit einem Male ein weites Feld sozialer Tätigkeit eröffnet und Gelegenheit geboten, ihren Aufgaben in dieser Richtung vollauf gerecht zu werden.

Unausgeseht ist die Gemeindevertretung auch auf dem Gebiete der Jugendfürsorge tätig und gibt es auf diesem wichtigen Gebiete keinen Unterschied der Parteien.

Seit einigen Tagen scheint sich auch die Kohlenversorgung der Stadt zu bessern. Damit würde eine schwere Sorge gebannt. Nichtsdestoweniger ist die Gemeindeverwaltung bestrebt, Holz zu beschaffen, um der Bevölkerung wenigstens teilweise einen Ersatz für die fehlende Kohle geben zu können.

Die Bevölkerung Wiens, welche in ihrer Opferwilligkeit und Hingebung sich während der schweren Kriegsjahre geradezu herrlich bewährt hat, wird nach meiner Meinung auch die Leiden dieser Zeit, die den Uebergang zur

Friedenswirtschaft darstellt, mit Gottvertrauen und in echtem Bürgersinn überstehen. Sie kann versichert sein, daß die Gemeindeverwaltung alles aufbieten wird, um zu helfen und zu lindern. Unverzagt wollen wir alle Arbeit leisten, um eine neue lichtere Zukunft unserer schwergeprüften Stadt zu schaffen.